

INHALTSVERZEICHNIS

I. EINLEITUNG	11
1. Fragestellung und Methode	11
2. Theoretische Ansätze zum Umgang mit der NS-Vergangenheit	12
3. Zum Forschungsstand	20
<i>Exkurs:</i> Die wissenschaftliche Debatte um die „Opferthese“ Österreichs	23
4. Zum Begriff „Wiedergutmachung“	24
5. Zum Aufbau	29
II. „WIEDERGUTMACHUNG“ IN DER BRD	31
1. Die Legitimation des politischen Systemwechsels in den Nachfolgestaaten	31
2. Zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in Westdeutschland vom Ende des „Dritten Reichs“ bis in die Anfangszeit der Bundesrepublik	31
2.1 Das Scheitern der Weimarer Republik als Anknüpfungspunkt für den politischen Neubeginn in Westdeutschland	31
2.2 Der Umgang mit den Tätern von 1945 bis 1949	33
2.2.1 Strafverfolgung von NS-Tätern und politische „Säuberung in Deutschland unter alliierter Besatzung	33
2.2.2 Entnazifizierung in den Westzonen	34
2.3 „Wiedergutmachung“ von 1945 bis Anfang der 50er Jahre	38
2.3.1 Die Alliierten und die Frage der „Wiedergutmachung“	38
2.3.2 Von der Einheit zur Fragmentarisierung: Die Interessenorganisationen der NS-Opfer	41
2.3.3 „Wiedergutmachung“ in den Westzonen	42
3. Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 und der Umgang mit der NS-Vergangenheit	55
3.1 Die Internalisierung des Nationalsozialismus. „Bonn ist nicht Weimar“ und Antritt der Teilrechtsnachfolgeschaft	55
3.2 Teilsouveränität, Bund-Länder-Dualismus und „Parlamentarisierung“: „Wiedergutmachung“ unter veränderten Rahmenbedingungen	57
3.3 Zum „Klimawechsel“ im Umgang mit Opfern und Tätern in der BRD	58
4. Die Diskussionen um den Ausbau der „Wiedergutmachung“ von 1949 bis zu den Vereinbarungen im „Überleitungsabkommen“ 1952	60
4.1 Die Regierungsparteien und die Frage der „Wiedergutmachung“	60
4.2 Die Debatten über die Vereinheitlichung der „Wiedergutmachung“	60

4.3 „Beamtenentschädigung“ 1951: „Tauschgeschäft“ im Rahmen der „Versöhnung“	62
4.4 Das „Überleitungsabkommen“ von 1952 und die „Wiedergutmachung“	64
5. „Wiedergutmachung“ vom Luxemburger Abkommen 1952 bis zum Bundesrückerstattungsgesetz 1957	65
5.1 Das Luxemburger Abkommen mit Israel und der Claims Conference 1952	65
5.2 Das Bundesergänzungsgesetz von 1953	71
5.2.1 „Politisches Tauziehen“ um die Entschädigung: Von den Entwürfen bis zum Beschluß eines „Provisoriums“	71
5.2.2 Zu den Auswirkungen des BErgG	72
5.2.3 Das BErgG und die Reaktionen der Westalliierten	74
5.3 Das Bundesentschädigungsgesetz von 1956	75
5.3.1 Die Entwicklung vom Bundesergänzungsgesetz zum Bundesentschädigungsgesetz	75
5.3.2 Die Bestimmungen des Bundesentschädigungsgesetzes von 1956	76
5.3.3 Das BEG in der Praxis	78
5.4 Das Bundesrückerstattungsgesetz von 1957	83
5.4.1 Zur Entstehung des Bundesrückerstattungsgesetzes	83
5.4.2 Die Bestimmungen des Bundesrückerstattungsgesetzes	84
6. Schlußstrich unter die NS-Vergangenheit?	85
6.1 „Schlußstrichmentalität“ und Umgang mit der NS-Vergangenheit Ende der 50er Jahre bis Mitte der 60er Jahre	85
6.2 Das Allgemeine Kriegsfolgendengesetz von 1957: Entschädigung für „sonstiges Staatsunrecht“	86
6.3 Abschluß der Rückerstattungsgesetzgebung: Zu den Änderungen des Bundesrückerstattungsgesetzes von 1958 bis 1969	86
6.4 „Wiedergutmachung“ für „Westverfolgte“ – Zu den Globalabkommen mit 12 Staaten von 1959 bis 1964	88
6.5 Zum Umgang mit den Tätern in den 60er Jahren	89
6.6 Das Bundesentschädigungs-Schlußgesetz von 1965	90
6.6.1 Zu den Verhandlungen über eine Novellierung des Bundesentschädigungsgesetzes	90
6.6.2 Die Bestimmungen des Schlußgesetzes	93
6.6.3 Das Bundesentschädigungs-Schlußgesetz in der Praxis	93
6.7 Zur Situation der „vergessenen“ und „disqualifizierten“ NS-Opfer	95
7. „Nachbesserungen“. „Wiedergutmachung“ nach dem „Schlußgesetz“	97
7.1 Die Forderungen der Opfer und die Haltung der Regierungen nach Beschluß des Bundesentschädigungs-Schlußgesetzes	97
7.2 Zu den Änderungen im Bundesentschädigungsrecht	98
7.3 „Wiedergutmachung“ in der Sozialversicherung	98
7.4 „Indirekte Wiedergutmachung“ für osteuropäische NS-Opfer	99

7.5 „Härtere Regelungen“ in den 70er und frühen 80er Jahren	101
7.6 Kritik an der bundesdeutschen „Vergangenheitsbewältigung“. Einstellungswandel, politische Wende und das Verhältnis zu Opfern und Tätern in den 70er Jahren	101
7.7 Die 80er Jahre: Auseinandersetzungen um die NS-Vergangenheit und Diskussionen über die „Wiedergutmachung“	103
7.8 „Wiedergutmachung“ nach der Wiedervereinigung Deutschlands	105
8. Aktuelle Entwicklung	107
III. „WIEDERGUTMACHTUNG“ IN ÖSTERREICH	110
1. Die Zweite Republik und die NS-Vergangenheit. Die österreichische „Reparatur der Geschichte“	110
1.1 Das Ende der nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich. Zur Dialektik von Befreiung und Besetzung	110
1.2 Unbelasteter Neubeginn? Der Mythos von der „Stunde Null“	111
1.3 Die Externalisierung des Nationalsozialismus	112
1.4 Der „Opfermythos“. Zur politischen Instrumentalisierung der „Moskauer Deklaration“ von 1943	113
1.4.1 Die Grundzüge der „Erklärung über Österreich“	113
1.4.2 Die Etablierung der „Opferthese“ in der österreichischen Unabhängigkeitserklärung	113
1.4.3 Die „Opferthese“: „Lebenslüge“ der Republik	114
2. Zum Umgang mit NS-Opfern und Tätern in der unmittelbaren Nachkriegszeit	118
2.1 Das Verhältnis zu den Tätern in den ersten Nachkriegsjahren	118
2.1.1 Die Haltung der österreichischen Parteien zur NS-Vergangenheit und zu den „Ehemaligen“	118
2.1.2 Die Entnazifizierung von 1945 bis 1947	119
2.2 Der Umgang mit den NS-Opfern in der unmittelbaren Nachkriegszeit	121
2.2.1 Zur Situation der Opfer nationalsozialistischer Verfolgung in den ersten Nachkriegsjahren	121
2.2.2 Staatliche Befürsorgung statt Entschädigung: Die ersten Maßnahmen im Bereich der Opferfürsorge	124
2.2.3 Die Entwicklung im Bereich der Rückerstattung entzogenen Eigentums bis zum Vierten Rückstellungsgesetz	128
2.2.4 „Wiedergutmachung“ in der Sozialversicherung	134
3. Die Verfestigung der „Opferthese“: Zum Umgang mit NS-Opfern und Tätern Ende der 40er	135
3.1 Die Verdrängung des Widerstandes. Zum Wandel des Opferbegriffs	135
3.2 Die „Versöhnung“ mit den „Ehemaligen“	136
3.3 Die Auflösung des „Bundesverbandes“: Interessenvertretung der NS-Opfer unter geänderten Rahmenbedingungen	137

3.4 Die Rückerstattung geraubten Eigentums bis zum Abschluß der Rückstellungsgesetzgebung	138
3.4.1 Der „Verband der Rückstellungsbetroffenen“: Zum Widerstand gegen die Rückstellungsgesetzgebung	138
3.4.2 Abschluß der Rückstellungsgesetzgebung und Fazit	138
3.5 Opfer-Befürsorgung und Entschädigungsfrage bis zum Abschluß des Staatsvertrages	141
3.5.1 Verbesserung der Rechtslage für „passive“ Opfer	141
3.5.2 Die Frage der Haftentschädigung: Die Diskussionen und Entscheidungsprozesse von 1949 bis zur 7. OFG-Novelle	142
3.5.3 Die Aufnahme von Verhandlungen zwischen dem „Committee for Jewish Claims on Austria“ und der österreichischen Bundesregierung	145
4. Der österreichische Staatsvertrag und der Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit	146
4.1 Die Verhandlungen zum Staatsvertrag unter dem Gesichtspunkt der „Opferthese“ als Rahmenbedingung	146
4.1.1 Die österreichische Interpretation des „Anschlusses“ und die Staatsvertragsverhandlungen	146
4.1.2 Ambivalenz und Wandel der alliierten Haltung gegenüber Österreich	147
4.1.3 „Mitverantwortungsklausel“ und Staatsvertrag: Die endgültige Festsetzung der „Opferthese“	148
4.2 Staatsvertrag und staatlicher Umgang mit Tätern und Opfern	149
4.2.1 „Innere Befriedung“: Die Beendigung der Nationalsozialisten-Gesetzgebung	149
4.2.2 Der Artikel 26 des Österreichischen Staatsvertrags und die Forderungen der Opfer	150
5. Verhandlungen, Leerläufe und Resultate: Die Entwicklung im Bereich „Wiedergutmachung“ von 1956 bis 1961	151
5.1 Sozialversicherungsrechtliche Maßnahmen für NS-Opfer	151
5.2 Das Hilfsfondsgesetz von 1956	151
5.3 Der Beschluß über die „Gewährung von Wiedergutmachung“ und die Entwicklung in der BRD	152
5.4 Das Auffangorganisationsgesetz und die 11. Novelle des Opferfürsorgegesetzes 1957	152
5.5 Gesetze für Verfolgte, Opfer des Krieges und „Spätheimkehrer“ im Jahr 1958	153
5.6 Zähe Verhandlungen über die „Wiedergutmachung“ von NS-Verbrechen (1958 – 1961)	154
6. Die „große österreichische Wiedergutmachung“?	156
6.1 Das Abgeltungsfondsgesetz	156
6.2 Die 12. OFG-Novelle	156
6.3 Das „Kreuznacher Abkommen“	157
6.4 Der Fonds aus erblosem Vermögen und der „Neue Hilfsfonds“	159
7. Schrittweise Verbesserungen: Zum Ausbau bestehender Regelungen bis zum „großen Erwachen“ Mitte der 80er Jahre	159

8. Die Erosion der „Opferthese“ und die „Wiedergutmachung“	163
8.1 Zu den Kontroversen um Österreichs NS-Vergangenheit in den 80er Jahren	163
8.1.1 Die „Affäre Frischenschlager-Reder“ 1985: Risse im Österreich-Bild von der „Insel der Seligen“	163
8.1.2 Der „Fall Waldheim“ und die beginnende Erosion der „Opferthese“	164
8.1.3 Das „Bedenkjahr“ 1988	165
8.2 Zu den Maßnahmen im Bereich der „Wiedergutmachung“ in der zweiten Hälfte der 80er Jahre	166
8.3 Kritik an den „Lebenslügen“ der Republik in den 80er und 90er Jahren	168
8.4 Das Bekenntnis zur „moralischen Mitverantwortung“ – Die offizielle Verabschiedung von der Eindimensionalität der „Opferthese“ in den 90er Jahren	168
8.5 Der Nationalfonds – Eine späte Geste	171
8.6 NS-Raubkunst und Restitution: Der lange Weg bis zum „Mauerbachfonds“	173
9. Aktuelle Entwicklung	175
IV. SCHLUSSBETRACHTUNG	183
ANMERKUNGEN	199
QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS	258